

Daniele Ganser

# Terror in Europa

Die Nato-Geheimarmeen und verdeckte Kriegsführung

**orell füssli** Verlag AG



## Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Prof. Georg Kreis .....	7
Danksagung .....	9
Abkürzungen .....	15
Einführung .....	19
1 Ein terroristischer Angriff in Italien .....	22
2 Ein Skandal schockiert Westeuropa .....	40
3 Das Schweigen der NATO, der CIA und des MI6 .....	54
4 Der geheime Krieg in Großbritannien .....	73
5 Der geheime Krieg in den Vereinigten Staaten von Amerika .....	92
6 Der geheime Krieg in Italien .....	109
7 Der geheime Krieg in Frankreich .....	139
8 Der geheime Krieg in Spanien .....	167
9 Der geheime Krieg in Portugal .....	183
10 Der geheime Krieg in Belgien .....	198
11 Der geheime Krieg in den Niederlanden .....	232
12 Der geheime Krieg in Luxemburg .....	256
13 Der geheime Krieg in Dänemark .....	260
14 Der geheime Krieg in Norwegen .....	271
15 Der geheime Krieg in Deutschland .....	290
16 Der geheime Krieg in Griechenland .....	324
17 Der geheime Krieg in der Türkei .....	342

Schlussfolgerung .....	342
Nachwort von Prof. Dr. Albert A. Stahel .....	372
Chronologie .....	378
Anmerkungen .....	390
Verzeichnis ausgewählter Bücher .....	432
Index .....	434



## Einführung

Als der Kalte Krieg endete, zwangen die darauf folgenden juristischen Untersuchungen über mysteriöse terroristische Aktionen in Italien den italienischen Premierminister Giulio Andreotti im Jahr 1990 zu bestätigen, dass in Italien und in anderen Staaten quer durch Europa, die der North Atlantic Treaty Organization (NATO) angehörten, eine geheime Armee existierte. Koordiniert durch die Abteilung für verdeckte Kriegsführung der NATO wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs diese geheime Armee durch den US-amerikanischen Geheimdienst Central Intelligence Agency (CIA) und den britischen Secret Intelligence Service (MI6 oder SIS) eingerichtet, um den Kommunismus in Westeuropa zu bekämpfen. Das geheime Netzwerk, das nach den Enthüllungen des italienischen Premierministers von Richtern, Parlamentariern, Wissenschaftlern und Enthüllungsjournalisten in ganz Europa untersucht wurde, hatte in Italien den Decknamen «Gladio» (das Schwert). In anderen Ländern hatte das Netzwerk andere Decknamen, beispielsweise «Absalon» in Dänemark, ROC in Norwegen und SDRA8 in Belgien. In allen Ländern führten die militärischen Geheimdienste die antikommunistische Armee innerhalb des Staates in enger Zusammenarbeit mit der CIA oder dem MI6, was den Parlamenten und der Bevölkerung vorenthalten wurde. Immer jedoch waren die führenden Mitglieder der Exekutive, zu denen auch Premierminister, Präsidenten, Innenminister und Verteidigungsminister zählten, in die Verschwörung eingebunden. Das «Allied Clandestine Committee» (ACC), zuweilen wurde es auch euphemistisch als «Allied Co-ordination Committee» (ACC) und «Clandestine Planning Committee» (CPC) bezeichnet, manchmal auch weniger konspirativ «Coordination and Planning Committee» des Supreme Headquarters Allied Powers Europe (SHAPE) der NATO koordinierte das Netzwerk auf internationaler Ebene. Das letzte bestätigte geheime

Treffen des ACC mit Repräsentanten der europäischen Geheimdienste fand am 24. Oktober 1990 in Brüssel statt.

Als Einzelheiten dieser Tätigkeit bekannt wurden, schloss die Presse daraus, dass «diese Geschichte direkt aus einem Polit-Thriller zu stammen scheinen».1 Die geheimen Armeen wurden von der CIA und dem MI6 mit Maschinengewehren, Sprengstoff, Munition und High-Tech-Kommunikationsmitteln ausgestattet, die in Waffenverstecken in Wäldern, auf Wiesen und unterirdischen Bunkern in ganz Westeuropa verborgen wurden. Leitende Offiziere des geheimen Netzwerks wurden zusammen mit den amerikanischen Green Berets Special Forces in den Vereinigten Staaten von Amerika und den britischen SAS-Spezialeinheiten in England ausgebildet. Zu den geheimen Gladio-Soldaten, die in den strikt antikommunistischen Teilen der Gesellschaft rekrutiert wurden, zählten sowohl moderate Konservative wie auch Rechtsextreme, etwa die berühmten rechtsradikalen Terroristen Stefano delle Chiaie und Yves Guérin Serac. In ihrem strategischen Aufbau war die Geheimarmee eine direkte Kopie der britischen Special Operations Executive (SOE), die während des Zweiten Weltkriegs mit Fallschirmen in feindliches Territorium abgesprungen war und hinter den feindlichen Linien einen geheimen Krieg geführt hatte.

Im Falle einer sowjetischen Invasion in Westeuropa hätten die geheimen Gladio-Soldaten ein so genanntes «Stay-Behind-Netzwerk» gebildet, das hinter den feindlichen Linien operiert und örtlich begrenzte Widerstandsbewegungen im feindlichen Territorium aufgebaut hätte. Sie hätten abgeschossene Piloten evakuiert und die Nachschublinien und die Produktionszentren der Besatzungsmächte mit Sprengstoffanschlägen sabotiert. Die sowjetische Invasion fand jedoch nie statt. Nach Meinung der geheimen Kriegsstrategen in Washington und London waren die damals zahlenmäßig starken kommunistischen Parteien in den Demokratien Westeuropas die reale und akute Gefahr. Also griff das Netzwerk in vielen Staaten auch ohne eine sowjetische Invasion zu den Waffen und focht einen geheimen Kampf gegen die politischen Kräfte der Linken. Die geheimen Armeen, wie die nunmehr zugänglichen sekundären Quellen vermuten lassen, waren an einer ganzen Reihe terroristischer Operationen und Verletzungen der Menschenrechte beteiligt, mit denen sie irreführend die Kommunisten beschuldigten, um die Linke bei Wahlen zu diskreditieren. Die Operationen zielten immer darauf ab, unter der Bevölkerung möglichst viel Angst zu schüren. Das reichte von Bombenmassakern in Eisenbahnen und auf Märkten (Italien), die Anwendung systematischer Folterung von Regimegegnern (Türkei), die Unterstützung rechtsradikaler Staatsstreiche (Griechenland

und Türkei) bis hin zur Zerschlagung oppositioneller Gruppen (Spanien und Portugal). Als die geheimen Armeen entdeckt wurden, weigerte sich die NATO, ebenso wie die Regierungen der USA und Großbritanniens zu dem, was die Presse «das bestgehütete und schädlichste politisch-militärische Geheimnis seit dem Zweiten Weltkrieg» nannte, eine klare Stellung zu beziehen.<sup>2</sup>





---

## Ein Skandal schockiert Westeuropa

Journalisten ausländischer Zeitungen saßen im Sommer 1990 im Presseklub in Rom und beklagten sich, dass ihre Zeitungen absolut keinen Nerv hatten, über die heikle Gladio-Story und ihre internationale Dimension zu berichten. Denn die Enthüllungen des italienischen Premierministers Giulio Andreotti am 3. August vor den italienischen Senatoren über die Existenz einer geheimen, mit der NATO in Verbindung stehenden «Stay-Behind-Armee», die über ganz Europa hinweg bestand, waren zu einem besonders störenden Augenblick aufgedeckt worden. Andreotti hatte seine weit reichende Enthüllung genau am Tag nach dem 2. August 1990 bekannt gemacht, als Iraks Diktator Saddam Hussein in Kuwait einmarschiert war und es besetzt hatte. Die Herausgeber der Zeitungen und militärische Berater in Paris, London und Washington befürchteten, dass die Gladio-Story das Image zahlreicher westlicher Demokratien ernsthaft beschädigen und vor allem die Vorbereitung auf den Zweiten Golfkrieg destabilisieren könnte. Denn am 2. August hatten die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, «alarmiert durch die Invasion von Kuwait», im Einverständnis mit China und Russland im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 660 beschlossen, die anordnete, «dass Irak sofort und bedingungslos seine Truppen auf die Positionen vom 1. August 1990 zurückziehen solle».

Westliche Medien und Medien auf der ganzen Welt konzentrierten sich danach auf die «Golf-Story» und berichteten, wie die Vereinigten Staaten unter Präsident George Bush sen. in der größten militärischen Aktion seit dem Zweiten Weltkrieg eine große Koalition von Ländern anführten, unter ihnen Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Italien und die Niederlande, die in der Operation «Desert Storm» im Januar und Februar 1991 Saddam Hussein aus Kuwait vertrieben.<sup>1</sup> Folglich versorgten die Medien rein zufällig

die Welt gleichzeitig mit zwei bizarren Storys: einem einwandfreien Krieg im Golf und dem Gladio-Skandal in Europa, der sich nicht ereignete.<sup>2</sup>

Nach den Enthüllungen des italienischen Premierministers Giulio Andreotti überschritt der Skandal die italienische Grenze, als am 30. Oktober der ehemalige sozialistische Premierminister von Griechenland, Andreas Papandreou der griechischen Tageszeitung Ta Nea gegenüber bestätigte, dass auch er im Jahr 1984 in Griechenland eine geheime NATO-Struktur entdeckt hatte, ganz ähnlich der italienischen Gladio-Geheimarmee, die er aufzulösen angeordnet hatte. Leidenschaftliche Forderungen nach einer parlamentarischen Untersuchung der geheimen Armee und ihrer vermuteten Beteiligung am rechtsorientierten Militärputsch von 1967 folgten in Griechenland, wurden jedoch von der im Amt befindlichen konservativen Regierung vereitelt. Der Verteidigungsminister Varvitsiosis erklärte, dass ein ehemaliger griechischer Militärattaché in Washington, der in der NATO arbeitete, die Anklagen untersuchen würde, als er beteuerte: «Die Regierung hat nichts zu befürchten.»<sup>3</sup>

Von Griechenland aus schwappte der Skandal über nach Deutschland, wo der Abgeordnete Manfred Such von den Grünen, nachdem er aus der Tageszeitung TAZ von dem Skandal erfahren hatte, von der Regierung Helmut Kohls offiziell einen Kommentar zur vermuteten Existenz von Gladio-Strukturen in Deutschland verlangte. Während das Verteidigungsministerium eine Strategie überlegte, wie mit der Forderung umgegangen werden solle, schockierte der Private Fernsehsender RTL die deutsche Öffentlichkeit in einer Sondersendung über Gladio mit der Aufdeckung, dass ehemalige Mitglieder von Hitlers Spezialeinheit SS ein Teil des Gladio-Netzwerks gewesen seien, während auch in zahlreichen anderen Ländern Rechtsextremisten für diese antikommunistische geheime Armee rekrutiert wurden.

Die Spannungen stiegen sogar noch weiter, als der deutsche Regierungssprecher Hans Klein danach öffentlich auf sehr konfuse Weise erklärte, dass «das deutsche Gladio, anders als behauptet wurde, keine geheime Kommando-Gruppe oder eine Guerilla-Einheit sei». Er fügte hinzu, wegen strikter Geheimhaltung könne er über Einzelheiten nicht sprechen.<sup>4</sup> Kleins Verlautbarungen verursachten unter den oppositionellen Sozialdemokraten und Grünen einen Aufschrei und der Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer, der verteidigungspolitische Experte der deutschen Sozialdemokraten (SPD) kritisierte, dass dieses mysteriöse rechtsextreme Netzwerk sehr wohl eine Art von «Ku-

Klux-Klan» sein könnte, das eher gegen die Bevölkerung und die Opposition als gegen eine unwahrscheinliche sowjetische Invasion gerichtet sei. Scheer bestand darauf, dass «um zu vermeiden, dass eine Vertuschung die Spuren verwische», so bald wie möglich eine Untersuchung von Gladio durchgeführt werden müsse.<sup>5</sup> «Diese Affäre ist ein Fall für den Generalbundesanwalt», erklärte Scheer, «weil die Existenz einer bewaffneten militärischen Geheimorganisation außerhalb aller Kontrolle der Regierung oder des Parlaments nicht mit der Verfassung kompatibel sei. Aus diesem Grund müsse strafrechtlich verfolgt werden.»<sup>6</sup>

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Wilfried Penner, Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) über die deutschen Geheimdienste, betonte, dass er niemals von einem geheimen NATO-Netzwerk und «den mafösen Verfilzungen» gehört habe, wobei er hervorhob, «dass mit dieser Schweinerei öffentlich, vor aller Augen» umzugehen sei.<sup>7</sup> Auch Burkhard Hirsch, der Kontrolleur der Regierung in geheimdienstlichen Angelegenheiten und Mitglied der PKK war «äußerst besorgt», denn, «wenn etwas so lange Zeit geheim bleibt, dann sagt mir meine Lebenserfahrung, dass an dieser Affäre etwas faul sein muss».<sup>8</sup> Dennoch löste sich der Ruf nach einer vollständigen Untersuchung unter den deutschen Sozialdemokraten plötzlich in Luft auf, als die amtierende Regierung aufdeckte, dass auch sozialdemokratische Minister, als sie im Amt waren, das Geheimnis gedeckt hatten, worauf trotz der Proteste der Grünen Partei die Affäre ganz still hinter verschlossenen Türen behandelt wurde.

In Belgien wandte sich der sozialistische Verteidigungsminister Guy Coeme am Abend des 7. November an eine erstaunte Öffentlichkeit, als er bestätigte, dass eine geheime, mit der NATO in Verbindung stehende Armee auch in Belgien existiert habe. Mit einem ausdrücklichen Hinweis auf das Massaker in Brabant in den 80er-Jahren, bei dem Menschen von mysteriösen Männern in Schwarz in mehreren Supermärkten erschossen wurden, ergänzte der Verteidigungsminister: «Außerdem möchte ich wissen, ob es eine Verbindung zwischen den Aktivitäten dieses geheimen Netzwerks und der Welle von Verbrechen und Terror gibt, unter der unser Land während der letzten Jahre zu leiden hatte.»<sup>9</sup> Höchst beunruhigt erklärte der mit den Schlagzeilen der Presse konfrontierte belgische Premierminister Wilfried Martens: «Ich war jetzt elf Jahre lang Premierminister, doch war mir nie bewusst, dass es solch ein geheimes Netzwerk in unserem Land gab.» Die Journalisten bemerkten, dass der Premierminister,

der «unter anderen Umständen so selbstsicher» war, «überhaupt nicht entspannt» wirkte.<sup>10</sup> Daraufhin entschied das belgische Parlament, einen speziellen Ausschuss einzurichten, um die belgische «Stay-Behind-Organisation» zu untersuchen und präsentierte ein Jahr später, nachdem das Netzwerk aufgelöst wurde, einen wertvollen 250-seitigen öffentlichen Bericht.<sup>11</sup>

Höchst feinfühlig entdeckten die belgischen Parlamentarier, dass die geheime NATO-Armee immer noch aktiv war. Sie fanden heraus, dass ein Geheimtreffen von Generälen, die die geheimen «Stay-Behind-Armeen» in zahlreichen Ländern Westeuropas führten, im mit der NATO in Verbindung stehenden Hauptquartier von Gladio, ACC, am 23. und 24. Oktober 1990 stattgefunden hatte. Die Konferenz der ACC fand in Brüssel unter dem Vorsitz von General Raymond Van Calster, dem Chef des belgischen militärischen Geheimdienstes SGR (Service General de Renseignement), statt. Der General war wütend, als Journalisten der Spur folgten und sein Telefon die ganze Zeit läutete. Erst belog er die Presse, als er am 9. November rundweg verneinte, dass er die internationale ACC-Konferenz geleitet habe und behauptete, Gladio sei eine rein italienische Affäre. Später gestand er ein, dass nach dem Zweiten Weltkrieg tatsächlich auch in Belgien ein geheimes Netzwerk eingerichtet worden war, «um für den Fall einer sowjetischen Invasion Informationen zu sammeln».<sup>12</sup> Während er ärgerlich darauf beharrte, dass es keine «direkte Verbindung zur NATO» gegeben habe, weigerte er sich später, weitere Einzelheiten offen zu legen und betonte gleichzeitig: «Wir haben nichts zu verbergen.»<sup>13</sup>

In Frankreich versuchte die Regierung des sozialistischen Präsidenten Francois Mitterand weitere Peinlichkeiten zu vermeiden, als am 9. November ein Beamter niedrigeren Ranges offiziell behauptete, dass die Geheimarmee in Frankreich «schon längst aufgelöst worden ist».<sup>14</sup> Außerdem verbreitete General Constantin Melnik, der Chef des französischen Geheimdienstes zwischen 1959 und 1962, dass die französische Gladio wahrscheinlich nach dem Tode Stalins im Jahr 1953 aufgelöst worden war und sicherlich nicht mehr existierte, als De Gaulle Präsident von Frankreich wurde (also nach 1958).<sup>15</sup> Die französische Presse schlug sich auf die Seite der Regierung, die sich auf den Golfkrieg vorbereitete und unterließ es, heikle Fragen zu stellen und somit «erhielt eine Affäre, die in den anderen europäischen Tageszeitungen Schlagzeilen machte, in Paris nur eine kleine Notiz ganz unten auf der ersten Seite».<sup>16</sup>

Der italienische Premierminister Andreotti erschütterte die französische Verschleierung gnadenlos, als er am 10. November 1990 mit einigem Vergnügen erklärte, dass auch Frankreich an der letzten Konferenz der ACC, des Direktoriums von Gladio, am 23. Oktober 1990 in Belgien teilgenommen hatte. Etwas betreten versuchte der französische Verteidigungsminister Jean Pierre Chevènement danach den Schaden zu begrenzen, indem er behauptete, dass die französische Geheimarmee völlig passiv gewesen sei: «Soweit mir bewusst ist, hatte sie niemals mehr als die Rolle eines Schläfers eingenommen und eine Rolle der Kontaktpflege.» Als er von einem Rundfunkjournalisten gefragt wurde, ob sich Frankreich nach Spekulationen um inländische terroristische Aktivitäten der geheimen Gladio-Armee einem ähnlichen politischen Tumult ausgesetzt sehe wie Italien und Belgien, antwortete der Verteidigungsminister ganz ruhig: «Das glaube ich nicht.»<sup>17</sup> Der Journalist merkte an, die Regierung unternehme jede Anstrengung, um zu verhindern, dass die Enthüllungen um Gladio als «inländische Ungeheuerlichkeit» betrachtet würden.<sup>18</sup>

In Großbritannien erklärte der Sprecher des Verteidigungsministeriums der nachfragenden Presse gegenüber Tag für Tag: «Ich denke nicht, dass wir über Sicherheitsangelegenheiten diskutieren.» Und: «Es handelt sich um eine Sicherheitsangelegenheit. Wir sprechen nicht darüber.» Und: «Wir lassen uns nicht in die Diskussion um Sicherheitsangelegenheiten hineinziehen.»<sup>19</sup> Als die Presse das Thema Gladio weiterhin auf die Tagesordnung brachte, versuchte der britische Staatssekretär im Verteidigungsministerium Tom King, die inzwischen sehr Besorgnis erregende Affäre mit einem saloppen Witz zu erledigen: «Ich bin nicht sicher, welcher speziellen heißen Kartoffel Sie hinterher jagen. Es hört sich wunderbar aufregend an, doch ich fürchte, ich weiß davon nichts. Über den Golf weiß ich mehr.»<sup>20</sup> Wegen der Vorbereitungen auf die Operation «Desert Storm» und den Krieg gegen den Irak drängte das englische Parlament nicht auf eine parlamentarische Untersuchung oder auf eine offene parlamentarische Debatte, sondern unterstützte die Regierung des Premierministers John Major. Auch im Sommer 1992 gab es immer noch keine offizielle britische Erklärung zu Gladio, so dass der britische Journalist Hugh O'Shaugnessy klagte: «Die Ruhe in Whitehall und das fast völlige Fehlen von Neugierde unter den Abgeordneten über eine Affäre, in der England im Mittelpunkt stand, ist bemerkenswert.»<sup>21</sup>

In den Niederlanden entschloss sich Premierminister Ruud Lubbers, der schon seit 1982 im Amt war, am 13. November zu diesem heiklen Thema einen

Brief an das Parlament zu schreiben, in dem er die Existenz einer geheimen Armee auch in den Niederlanden bestätigte, doch betonte er, dass diese «nie unter der Aufsicht der NATO oder ihrer Organisationen gestanden» habe.<sup>22</sup> Danach weihten Lubbers und sein holländischer Verteidigungsminister Relus Ter Beek den parlamentarischen Ausschuss für Geheimdienste und Verteidigung hinter verschlossenen Türen in die heiklen Einzelheiten der niederländischen Gladio ein. «Die nachfolgenden Premierminister und Verteidigungsminister haben es immer vorgezogen, die anderen Kabinettsminister oder das Parlament nicht zu informieren», erklärte Lubbers dem Parlament und fügte hinzu, er sei stolz darauf, dass etwa 30 Minister das Geheimnis für sich behalten hätten. Während die Abgeordneten die inhärente Gefahr einer geheimen Armee, die weder dem Parlament noch der Öffentlichkeit unbekannt war, kritisierten, entschloss man sich, weder einen parlamentarischen Ausschuss zur Untersuchung des Netzwerks einzurichten noch einen Bericht zu veröffentlichen. Hans Dijkstaal von den oppositionellen Liberalen meinte dazu: «Es beunruhigt mich nicht besonders, dass es so etwas gab und vielleicht sogar noch gibt. Allerdings habe ich Probleme damit, dass das Parlament bis gestern Abend nichts davon erfuhr.»

Im benachbarten Luxemburg stellte sich Premierminister Jacques Santer am 14. November 1990 dem Parlament und bestätigte, dass auch in Luxemburg eine geheime Armee existierte, die mit der NATO in Verbindung stand. «Die einzigen Aktivitäten dieser Personen, und dies gilt für die gesamte Zeit, in der das Netzwerk existierte, waren auf Übungen zur Vorbereitung ihrer Missionen begrenzt. Dazu zählte auch das individuelle Verhalten in einem feindlichen Umfeld und wie die Aktionen mit den alliierten Ländern koordiniert werden könnten», behauptete Santer steif und fest.<sup>24</sup> Die Forderung des Abgeordneten Jean Huss der luxemburgischen Grünen Alternativen Partei, der als erster eine offene Debatte im Parlament zu diesem Thema forderte und danach die Einrichtung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zu diesem Thema wurde mehrheitlich abgelehnt.

Als die internationale Presse schrieb, dass «in Portugal, in Lissabon, eine Radiostation berichtete, dass Zellen dieses Netzwerks, die mit der Operation Gladio in Verbindung standen, während der 50er-Jahre aktiv wurden, um die rechtsgerichtete Diktatur von Dr. Salazar zu verteidigen», reagierte die an der Macht befindliche Regierung mit einer glatten Lüge.<sup>25</sup> Der portugiesische Verteidigungsminister Fernando Nogueira erklärte am 16. November 1990,

dass er von der Existenz einer Abteilung von Gladio in Portugal nichts gewusst habe und behauptete, dass weder in seinem Verteidigungsministerium noch im Generalstab der portugiesischen Streitkräfte «irgendwelche Informationen hinsichtlich der Existenz oder Aktivitäten jeglicher Gladio-Strukturen in Portugal bekannt waren».26 Ein General im Ruhestand widersprach der Behauptung der Regierung und unter der Bedingung, dass er anonym bleiben dürfe, bestätigte er gegenüber der Presse, dass auch in Portugal eine parallele Armee existiert habe, «die dem Verteidigungsministerium, dem Innenministerium und dem Ministerium für koloniale Angelegenheiten unterstand».27 Im Nachbarland Spanien, das ähnlich wie Portugal während des größten Teils des Kalten Krieges eine rechtsgerichtete Diktatur war, welche die Opposition mit Terror und Folter bekämpfte, hielt es Alberto Oliart, Verteidigungsminister zu Beginn der 80er-Jahre, für kindisch zu fragen, ob auch unter General Franco eine geheime rechtsgerichtete Armee im Land existierte, denn «hier war Gladio die Regierung».28

In Dänemark war der Verteidigungsminister Knud Enggaard wegen des öffentlichen Drucks gezwungen, sich dem Folketing, dem dänischen Parlament, zu stellen, wo er am 21. November die Behauptung zurückwies, dass «irgendeine» von der NATO unterstützte CIA-Organisation in Dänemark eingerichtet wurde. «Weitere Informationen über eine geheimdienstliche Operation im Falle einer Besetzung sind Geheimsache, sogar unter höchster Geheimhaltung», betonte der Verteidigungsminister, «und deshalb darf ich vor dem dänischen Parlament keine weiteren Informationen geben.» Der Abgeordnete Pelle Voigt, der die Frage nach Gladio im Parlament gestellt hatte, bemerkte, dass «die Antwort des Verteidigungsministers widersprüchlich und als indirekte Tatsache zu werten ist, dass auch Dänemark sein geheimes Netzwerk hatte».29 Daraufhin fand die Diskussion über die Geheimarmee hinter verschlossenen Türen im Ausschuss des dänischen Parlaments statt, der mit der Überwachung des Geheimdienstes betraut war.

Als die Presse in Norwegen die Regierung mit Fragen zu Gladio konfrontierte, wurde sie mit dem wahrscheinlich kürzesten Kommentar abgefertigt, den eine Regierung auf dem Kontinent zur geheimen Armee abgegeben hat. Der Sprecher des Verteidigungsministeriums Erik Senstad verwies auf 1978, als nach der Aufdeckung der norwegischen «Stay-Behind-Armee» der Verteidigungsminister Rolf Hansen die Existenz einer Geheimarmee gegenüber dem Parlament eingestanden hatte. Der Konteradmiral Jan Ingebristen, der 1985 als



Vorsitzender des Geheimdienstes Norwegian Supreme Defence Command zurückgetreten war, behauptete mitten in der Kritik der Öffentlichkeit fest, dass es nur logisch gewesen sei, dass diese Armeen geheim bleiben mussten: «Daran gibt es nichts Verdächtiges. Dies sind Truppen, die in besetzten Gebieten hinter den feindlichen Linien zurück bleiben müssen, und deshalb ist es erforderlich, dass sie weiterhin streng geheim bleiben.»<sup>30</sup>

In der Türkei nahm die regierende Elite am 3. Dezember zum Thema Gladio Stellung, als General Dogan Beyazit, Präsident der operativen Abteilung des türkischen Militärs und General Kemal Yilmaz, Chef der türkischen Spezialeinheiten der Presse gegenüber die Existenz einer geheimen NATO-Armee in der Türkei bestätigten, die vom «Special Warfare Department» geführt wurde und «die Aufgabe hatte, im Falle einer kommunistischen Okkupation den Widerstand zu organisieren».<sup>31</sup> Während die Generäle betonten, dass alle Mitglieder der türkischen Gladio gute «Patrioten» waren, hoben die Presse und der ehemalige Premierminister hervor, dass die Geheimarmee, Konter-Guerrilla genannt, wiederholt in Folterungen, Massaker und Anschläge verwickelt war, ebenso in Staatsstreiche, unter denen das Land zu leiden hatte und gegenwärtig eingesetzt wurde, um die kurdische Minderheit im Land zu bekämpfen. Darauf weigerte sich das regierende Militär, Fragen des Parlaments und ziviler Minister zu beantworten. Zudem warnte der türkische Verteidigungsminister Giray, dass «Ecevit besser sein verdammtes Maul halten soll!».<sup>32</sup>

Als die Konter-Guerrilla ihre Operationen fortsetzte, bemerkte sogar das Außenministerium der Vereinigten Staaten in seinem Bericht über die Menschenrechte, dass in der Türkei «prominente und glaubwürdige Menschenrechtsorganisationen, kurdische Führer und einheimische Kurden versicherten, dass die Regierung den Mord an Zivilisten duldet oder sogar ausführt». Der Bericht des Außenministeriums merkte auch an, dass «Menschenrechtsorganisationen über die verbreitete und glaubhafte Überzeugung berichteten, dass eine Konter-Guerilla in Verbindung mit den Sicherheitskräften zumindest einige mysteriöse Morde ausgeführt habe». In den Vereinigten Staaten versuchte die Journalistin Lucy Komisar weitere Informationen zu erlangen, doch fand sie heraus, dass ihre Regierung sich kaum von den türkischen Generälen unterschied, wenn es um militärische Geheimnisse ging. «Zur Rolle Washingtons teilte mir das Pentagon nicht mit, ob es dem Warfare-Department immer noch finanzielle oder andere Mittel zur Verfügung stellt; tatsäch-

lich beantwortete es keine einzige Frage dazu.» Komisar wurde wiederholt abgewiesen: «Von Beamten wurde mir verschiedentlich gesagt, man wisse darüber nichts, es sei schon zu lange her, als dass darüber noch Aufzeichnungen verfügbar seien, oder dass das, was ich beschrieb, eine Operation der CIA sei, über die sie keine Auskünfte geben könnten.» Ein Historiker des Pentagon sagte: «Oh, Sie meinen die Stay-Behind-Organisation. Das ist geheim.»<sup>33</sup>

Das Thema der Konter-Guerilla jedoch löste sich nicht in Luft auf. Am 3. November hatte ein schwarzer Mercedes auf einer abgelegenen Autobahn in der Nähe des türkischen Dorfes Susurluk, etwa 100 Meilen südlich von Istanbul mit stark überhöhter Geschwindigkeit einen Zusammenstoß mit einem Traktor und wurde dabei zertrümmert. Ein prominentes Mitglied der türkischen Konter-Guerilla, ein hoher Polizeibeamter und ein Mitglied des Parlaments wurden bei diesem Zusammenstoß getötet. Für viele war dies der materielle Beweis dafür, wie eng die gesamte Regierung in den schmutzigen Krieg der Konter-Guerilla verwickelt war. Tausende protestierten gegen den Vorfall bei Sursuluk und verlangten, dass das Land «von den Banden» gesäubert werden müsse. Im Januar 1998 musste der Premierminister Mesut Yılmaz Millionen von Fernsehzuschauern über die Ergebnisse einer siebenmonatigen parlamentarischen Untersuchung über den Skandal von Susurluk informieren. «Es ist die Anatomie einer schmachvollen Schweinerei», begann er seine Stellungnahme und gestand danach ein, dass es «innerhalb des Staates ein Exekutionskommando gab», wobei «alle Teile des Staates sich bewusst waren, was da vorging.»<sup>34</sup>

Angesichts der weit reichenden Enthüllungen in ganz Westeuropa wurde auch der Gladio-Skandal vom europäischen Parlament am 22. November 1990 diskutiert. Zu dieser Zeit zählte die EU zwölf Staaten, von denen alle von dem Skandal betroffen waren. Die zwölf Staaten hatten die Kooperation untereinander weitestgehend intensiviert und waren dabei, den Gemeinsamen Europäischen Markt ohne Grenzen für Personen, Güter, Dienstleistungen und Kapital einzurichten, während die Sicherheitspolitik und Verteidigungsangelegenheiten in der neuen Organisation weiterhin in der hoheitlichen Kontrolle eines jeden EU-Mitgliedsstaates verblieben. «Herr Präsident, meine Damen und Herren, es gibt eine grundlegende Moral und politische Notwendigkeit für das neue Europa, das wir stufenweise aufbauen», eröffnete der italienische Parlamentarier Falqui die Diskussion an diesem Tag sehr klug. «Dieses Europa wird keine Zukunft haben, wenn es nicht auf Wahrheit, auf voller Transparenz

seiner Institutionen gegründet ist, eingedenk der dunklen Anschläge auf die Demokratie, die die Geschichte vieler europäischer Staaten selbst in der jüngsten Vergangenheit auf den Kopf gestellt haben. Falqui bestand darauf, dass «es, meine Damen und Herren, keine Zukunft geben wird, wenn wir nicht die Vorstellung beseitigen, dass wir in einer Art von Doppelstaat gelebt haben – einem offenen und demokratischen, während der andere geheim und reaktionär war. Deshalb wollen wir wissen, welche und wie viele Gladio-Netzwerke in den vergangenen Jahren in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft bestanden haben.»<sup>36</sup>

Der französische Parlamentarier Dury teilte diese Besorgnis und erklärte unter den europäischen Delegierten: «Was uns im Zusammenhang mit der Gladio-Affäre irritierte, war, dass diese Netzwerke unsichtbar und jenseits jeglicher Kontrolle durch die demokratischen politischen Instanzen bestehen konnten. Das, so denke ich, ist das grundlegende Thema, das immer noch besteht.» Dury kam zum Schluss, dass die Geschichte der Gladio-Armeen untersucht werden müsste: «Was uns betrifft, so glauben wir, dass in diese ganze Affäre Licht gebracht werden muss, damit wir alle Auswirkungen erkennen und einen Fortbestand dieser Verhältnisse verhindern können. Zudem soll vermieden werden, dass in anderen Organisationen ähnliche Versuche auftreten.» Auch die Rolle der NATO, so Dury, sollte untersucht werden, obwohl «ich, was die Verantwortung der NATO und des SHAPE anbelangt, nicht glaube, dass man von einer Verschwörung sprechen sollte», sagte Dury. «Doch glaube ich, dass wir diesen Geist des Nachfragens aufrecht erhalten müssen und auch das Anliegen, dass alles an die Öffentlichkeit gebracht wird. Wir wissen sehr gut, dass einige Personen von Gladio auch in NATO-Ausschüssen sitzen.» Deshalb zog er den Schluss: «Ich habe das Gefühl, dass es ein Teil unserer demokratischen Pflicht ist, ein sauberes Licht auf all diese Probleme werfen zu können.»<sup>37</sup>

«Herr Präsident, das Gladio-System operierte vier Jahrzehnte lang unter verschiedenen Namen», sprach der griechische Parlamentarier Ephremidis die EU an. «Gladio operierte im Geheimen und wir haben das Recht, alles zu tun, um es zu destabilisieren. All die Provokationen und der Terrorismus, die sich in diesen vier Jahrzehnten in unseren Ländern ereigneten, sei es aktiv oder passiv, müssen etwas miteinander zu tun gehabt haben.» Euphremidis kritisierte das gesamte Stay-Behind-Netzwerk scharf: «Es ist Tatsache, dass es von der CIA und der NATO aufgebaut wurde, die, während sie vorgaben, die

Demokratie verteidigen zu wollen, diese tatsächlich unterminierten und sie für ihre eigenen ruchlosen Zwecke nutzten.» Mit einem ausdrücklichen Hinweis auf die Verwicklung der griechischen Gladio in den Putsch von 1967 kritisierte er, dass «die Demokratie, die wir genießen durften, nur eine Fassade war und es immer noch ist.» Und er ermutigte das Europäische Parlament, die Angelegenheit weiter zu verfolgen: «Die feinen Einzelheiten müssen aufgedeckt werden, und wir selbst müssen einen speziellen Unterausschuss zur Ermittlung einrichten, Anhörungen abhalten und die ganze Angelegenheit so weit publik machen, dass alle notwendigen Schritte unternommen werden können, um unsere Länder von derartigen Geheimorganisationen zu befreien.»<sup>38</sup>

Der französische Abgeordnete De Donnea nahm eine andere Perspektive ein, als er erklärte: «Herr Präsident, am Ende des Zweiten Weltkrieges war es völlig legitim, dass unsere Staaten Geheimdienste einrichteten, deren Zweck es war, im Untergrund Netzwerke des Widerstands vorzubereiten, die für den Fall der Okkupation durch die Streitkräfte des Warschauer Paktes aktiviert werden konnten.» Folglich betonte der französische Parlamentarier: «Deshalb müssen wir allen Anerkennung zollen, die während des Kalten Krieges in diesen Netzwerken arbeiteten.» Für De Donnea war klar, dass die heimlichen Armeen geheim bleiben mussten, «denn damit diese Netzwerke effektiv bleiben konnten, war es offensichtlich erforderlich, sie geheim zu halten», während er gleichzeitig Klarheit über die vermeintlichen Verbindungen zu terroristischen Aktivitäten haben wollte: «Nachdem ich dies gesagt habe, gilt: wenn es ernsthafte Hinweise oder Verdachtsmomente gibt, dass einige oder alle Netzwerke in bestimmten Ländern illegal aktiv wurden, es im Interesse eines jeden liegt, dass diese Angelegenheiten öffentlich gemacht werden, und die Schuldigen bestraft werden.»<sup>39</sup>

Der niederländische Abgeordnete Vandemeulebroucke traf mit seiner Zusammenfassung die Gefühle vieler Europäer: «Diese Affäre hinterlässt einen schalen Geschmack, weil sie schon so lange andauert wie die Europäische Gemeinschaft existiert und weil wir behaupten, eine neue Form der Demokratie zu erschaffen.» Vandemeulebroucke betonte, es sei vor allem die Heimlichkeit der ganzen Affäre, die ihm als Parlamentarier Sorgen bereite, denn «die Budgets für diese geheimen Organisationen wurden ebenfalls geheim gehalten. Sie wurden in keinem Parlament diskutiert, und wir möchten unsere Besorgnis über die Tatsache zum Ausdruck bringen, dass ... es nun herauskommt, dass es Zentren gibt, in denen Entscheidungen gefällt und durchgeführt werden, die

in keiner Weise einer demokratischen Kontrolle unterliegen. Der niederländische Parlamentarier schloss: «Ich möchte damit vehement gegen die Tatsache protestieren, dass das amerikanische Militär, gleich ob über das SHAPE, die NATO oder die CIA, glaubt, es könnte sich in das einmischen, was wir unser demokratisches Recht nennen. Während er anerkannte, dass das Europäische Parlament selbst keine Kompetenz hat, in Bezug auf diese Affäre tätig zu werden, «stelle ich fest, dass wir im europäischen Parlament auch keine Kompetenz in Angelegenheiten des Frieden und der Sicherheit haben», erklärte er, «und deshalb soll eine Kompromissresolution fordern, dass in jedem der zwölf Mitgliedsländer parlamentarische Untersuchungsausschüsse eingerichtet werden, so dass wir völlige Klarheit erlangen.»<sup>40</sup>

Nach der Debatte entschied das Parlament der EU, eine Resolution zur Gladio-Affäre zu verabschieden, in der die Parlamentarier kritisch über das Gladio-Phänomen nachdachten und in sieben Punkten als Präambel zur Resolution versuchten, die wichtigsten Merkmale des Gladio-Phänomens zusammenzufassen:

1. «Nach der Berücksichtigung der Enthüllungen durch mehrere europäische Regierungen über die 40-jährige Existenz eines geheimen und parallelen Geheimdienstes und über Organisationen für bewaffnete Operationen in mehreren Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft,
2. wo diese Organisation sich über 40 Jahre lang jeglicher demokratischen Kontrolle entziehen konnte und von den Geheimdiensten der betroffenen Staaten, die mit der NATO zusammenarbeiteten, geführt wurde,
3. befürchten wir die Gefahr, dass solche geheimen Netzwerke illegal auf die internen Angelegenheiten von Mitgliedsstaaten Einfluss genommen haben und es auch immer noch tun.
4. Indessen waren in mehreren Mitgliedsstaaten militärische Geheimdienste (oder deren unkontrollierte Abteilungen) in schwere Fälle von Terrorismus und Verbrechen verwickelt, wie durch mehrere gerichtliche Ermittlungen festgestellt wurde.
5. Während diese Organisationen völlig außerhalb des Gesetzes operierten und dies auch weiterhin tun, unterliegen sie keinerlei parlamentarischer Kontrolle und sehr häufig kommt es vor, dass Personen, in höchsten Regierungssämtern und in höchsten Verfassungsorganen über diese Angelegenheiten völlig im Dunkeln gelassen wurden.
6. Den verschiedenen GLADIO-Organisationen hingegen stehen unabhän-

gige Waffenarsenale und militärische Mittel zur Verfügung, was ihnen eine unbekannte Schlagkraft verleiht, wodurch die demokratischen Strukturen der Länder, in denen sie operieren oder operierten, aufs Spiel gesetzt werden, und

7. wir sind äußerst besorgt über die Existenz von Organisationen, die Entscheidungen treffen und ausführen, sich aber außerhalb jeglicher parlamentarischen Kontrolle befinden, völlig geheim sind und dies in einer Zeit, in der eine umfangreichere Zusammenarbeit der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Sicherheit ständig zur Diskussion steht.»

Danach, als erstem Kritikpunkt nach der Präambel «verurteilt die Resolution der EU die heimliche Schaffung manipulierender und operativer Netzwerke und fordert eine vollständige Untersuchung der Art, der Struktur, der Ziele und aller anderer Aspekte dieser Geheimorganisationen oder jeglicher Splittergruppen, ihre Nutzung zu illegalen Einflüssen auf die internen politischen Angelegenheiten der betroffenen Länder, das Problem des Terrorismus in Europa und die mögliche heimliche Absprache unter den Geheimdiensten der Mitgliedsstaaten oder mit denen von Drittländern». Im zweiten Punkt «protestiert die EU energisch gegen die Annahme gewisser amerikanischer Militärs, beim SHAPE und in der NATO das Recht zu haben, ein heimliches Netzwerk von Geheimdiensten und operativen Einheiten in Europa etablieren zu dürfen». Als dritten Punkt der Resolution «fordert die EU die Mitgliedsstaaten auf, alle geheimen militärischen und paramilitärischen Netzwerke abzubauen.» In einem vierten Punkt «fordert die EU von den Gerichtsbarkeiten der Länder, in denen die Präsenz solcher militärischer Organisationen festgestellt wurde, ihre Zusammenstellung und ihre Operationsweise vollkommen aufzuklären und jegliche Aktionen zu klären, die sie unternommen haben, um die demokratischen Strukturen des Mitgliedsstaates zu destabilisieren». Weiterhin bittet die EU in einem fünften Punkt «alle Mitgliedsstaaten, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, falls erforderlich durch die Einrichtung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse eine vollständige Liste der auf diesem Gebiet aktiven Organisationen zu erstellen und gleichzeitig deren Verbindungen zu entsprechenden staatlichen Geheimdiensten und ihrer Verbindungen, falls vorhanden, zu terroristischen Gruppen und/oder anderen illegalen Vorfällen zu beobachten». In einem sechsten Punkt wendet sich die EU an den EU-Ministerrat, vor allem die Kommission der Verteidigungsminister, und «verlangt von den Mi-

nisterräten umfassende Unterrichtung über die Aktivitäten der Geheimdienste und der operativen Dienste». Im siebten Punkt verlangt die Resolution des Parlaments «von seinem zuständigen Ausschuss eine Anhörung abzuhalten, um die Rolle und den Einfluss der Gladio-Organisation und ähnlicher Einrichtungen klar zu stellen». Nicht zuletzt spricht die Resolution ausdrücklich die NATO und die Vereinigten Staaten an, dass das Europäische Parlament «seinen Präsidenten beauftragt, diese Resolution an die Kommissionen, den Rat, den Generalsekretär der NATO, die Regierungen der Mitgliedsstaaten und die Regierung der Vereinigten Staaten zu übermitteln». <sup>41</sup>

Der Hund bellte laut, aber er biss nicht zu. Von den acht Aktionen, die vom europäischen Parlament gefordert wurden, wurde nicht eine zufrieden stellend durchgeführt. Nur Belgien, Italien und die Schweiz untersuchten ihre geheimen Armeen im Rahmen einer parlamentarischen Untersuchungskommission und veröffentlichten einen ausführlichen und in die Einzelheiten gehenden öffentlichen Bericht. Und obwohl die Resolution an die entsprechenden Abteilungen der EU, der NATO und der Vereinigten Staaten übermittelt wurde, unterstützten weder der NATO-Generalsekretär Manfred Wörner noch der amerikanische Präsident Bush senior eine detaillierte Untersuchung, noch lieferten sie eine öffentliche Erklärung.